



PROJEKTREISE Moldawien

29.11.2003-6.12.2003

Julia Tatzl,
Österreichische Caritaszentrale

Harald Quinz, Caritas Vorarlberg

Maike Vergin , ACCORD



Wesentliche Punkte im Überblick

Ein detaillierter Reisebericht folgt von ACCORD.

Auf Englisch ist außerdem ein Country Report verfügbar, der in Kürze auf www.reintegrationnet.net einsehbar ist

Lebensstandard

Der Durchschnittslohn in Moldawien beträgt nach Angaben des Moldawischen Roten Kreuzes 45 US-Dollar, die Pensionen liegen bei 11,5 US-Dollar, der minimale Warenkorb (minimum consumer basket) kostet 100 Dollar, darin eingeschlossen sind die Miete, Nahrungsmittel, Strom, Kleidung usw. Die Angaben der Caritas Moldawien decken sich mit diesen Angaben weitestgehend. Ihren Aussagen zufolge betragen die Lebenshaltungskosten in Moldawien pro Monat 130 US-Dollar. Der Durchschnittslohn liegt bei 50-60 US-Dollar. Festzuhalten ist, dass die Lebenshaltungskosten doppelt so hoch wie das Einkommen sind. Pensionisten und Behinderte erhalten pro Monat überhaupt nur 10-15 US-Dollar. Ende November sind die Preise für Milch und Brot um fast 50% gestiegen.

Heizkosten sind sehr hoch. Für ein Ein-Zimmer-Appartement werden im Winter durchschnittlich 200 Lei/Monat benötigt. Gerade soviel erhalten Pensionisten pro Monat insgesamt.

Was die Mieten angeht, so kostet ein Ein-Zimmer-Appartement, das billigste in den Außenbezirken von Chisinau, zwischen 60 und 70 US-Dollar exklusive aller Nebenkosten. Ein Einfamilienhaus, soweit es so etwas überhaupt gibt, kostet 300-400 Dollar.

Am Land, wo 60% der Bevölkerung leben, gibt es großteils Fließwasser. Die Stromversorgung funktioniert einigermaßen, doch muss für die Heizung selbst gesorgt werden, wobei das Holz sehr teuer ist - ein Kubikmeter Holz kostet 20 US-Dollar. Um einen Winter lang zu heizen, werden 5 Kubikmeter Holz benötigt bzw. 1-2 Tonnen Kohle, wobei eine Tonne Kohle 100 US-Dollar kostet.

Die offizielle Arbeitslosenrate ist sehr gering und beträgt ca. 2-3%, wobei Bauern, die auch nur ein kleinstes Stück Land besitzen, darin nicht erfasst werden. Das Hauptproblem ist neben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung das niedrige Einkommen sowie die Verzögerung der Lohnauszahlungen. Derzeit werden Löhne mit ca. 1-3 Monaten Verspätung ausgezahlt, dennoch eine Verbesserung zu Mitte der 90er Jahre, als die Löhne teilweise mit einem Jahr Verspätung ausgezahlt wurden.

Wortwörtlich hat die Caritas-Präsidentin zu Protokoll gegeben, dass die Menschen in Moldawien nur durch die drei folgenden Möglichkeiten überleben können: einmal – sie wohnen auf dem Land und besitzen ein Stück Land, oder sie überleben durch Hilfe aus dem Ausland oder sie gehören zur Mafia.

Migrationsbereich und Asyl

Das Phänomen der Migration ist für Moldawien etwas relativ Neues. Moldawien ist sowohl Zielland als auch Transitland und Herkunftsland. Seit dem 15. Jänner 2003 gibt es ein Migrationsgesetz. Das Konzept wurde letztes Jahr erarbeitet. Migration in Moldawien bedeutet Immigration, Emigration, Flüchtlingsströme und Arbeitsmigration.

Immigration

Die ImmigrantInnen in Moldawien kommen aus mehr als 100 Herkunftsländern. In den überwiegenden Fällen handelt es sich dabei um Familienzusammenführung. Der Status von ImmigrantInnen wird in ihrem Reisedokument oder in ihrem Identitätsausweis vermerkt. ImmigrantInnen haben die gleichen Rechte wie MoldawierInnen mit Ausnahme des aktiven und passiven Wahlrechts. Eine permanente Aufenthaltsbewilligung erhalten Personen, die einen moldawischen Staatsbürger oder eine moldawische Staatsbürgerin heiraten. Das impliziert auch, dass sie die moldawische Staatsbürgerschaft annehmen können. Sie

müssen aber ihre alte Staatsbürgerschaft aufgeben. Eine temporäre Aufenthaltsbewilligung bekommt man, um zu studieren und zu arbeiten. Die Arbeitserlaubnis kann jeweils um ein Jahr verlängert werden.

Die Immigration hat in Moldawien seit den 90er Jahren leicht zugenommen, vor allem kommen AraberInnen aus Syrien und dem Libanon und einige AfrikanerInnen. Rassistische Tendenzen haben sich seit dem 11. September 2001 verschlechtert. Symptomatisch hierfür ist die Polizeioperation namens „Foreign Citizen“. LADOM (League for Defence of Human Rights of Moldova) zufolge gibt es interne Weisungen innerhalb der Polizei, dass um die zehn Ausländer pro Woche angehalten werden müssen, auf die Polizeistationen gebracht und ihre Dokumente gecheckt werden müssen. Es ist nicht gesetzmäßig, d. h. es kommt nicht immer vor, aber häufig müssen die angehaltenen Personen die Polizeibeamten bestechen oder 4-5 US-Dollar zahlen.

Das **Gesetz über den Status ausländischer Staatsbürger** in Moldawien regelt die Rechte und Pflichten dieser Personen. Ausländische Staatsbürger haben das Recht zu arbeiten, haben das Recht auf soziale Unterstützung und medizinische Versorgung.

Mit Stichtag 3. Dezember 2003 gab es 158 **AsylwerberInnen** in Moldawien. 136 sind als Flüchtlinge anerkannt, wobei hier bemerkt werden muss, dass von diesen 136 135 vom UNHCR anerkannt wurden. Es handelt sich großteils um TschetschenInnen. Man geht davon aus, dass, wenn sich die Außengrenzen der EU Richtung Moldawien verschieben, die Zahl der Asylsuchenden in Moldawien stark steigen wird.

Emigration

Eines der Hauptprobleme in Moldawien ist die **hohe Migrationsrate**. In Moldawien leben insgesamt 4,4 Mio. Menschen, nach Schätzungen davon bereits 1 Mio aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der schlechten Löhne im Ausland. 60% stammen vom Land. Neben Männern, die am Bau in Portugal arbeiten, verlassen hauptsächlich junge Frauen das Land in Richtung Italien, Albanien, teilweise Kosovo, Griechenland, Frankreich und Belgien, um dann das dort verdiente Geld nach Hause zu schicken und das Überleben der Familie zu sichern. Eine große Anzahl von EmigrantInnen gehen auch nach Russland, da sie dort keine Visa benötigen und auch die Passkontrollen relativ lax gehandhabt werden und somit die Ein- und Ausreise sehr vereinfacht wird. Darüber hinaus fällt das Mentalitäts- und Sprachproblem weg, eine Integration ist somit leichter, das Stigma des Ausländers fällt weg.

Nach Angaben der Leiterin der Flüchtlingsabteilung des Innenministeriums ist Österreich das zweitgrößte Zielland für AsylwerberInnen nach Frankreich. Derzeit befinden sich 1.200 in Frankreich und 890 AsylwerberInnen aus Moldawien in Österreich. (Daten stammen von UNHCR, Stichtag: 1. Oktober 2003)

Personen, die für immer das Land verlassen möchten, müssen sich im Informations- und Technologieministerium melden. Dort werden ihre Personalien durchgecheckt. Es wird kontrolliert, ob noch irgendwelche Straftatbestände gegen sie bestehen oder ob sie Schulden haben. Danach wird im Pass eingetragen, wohin sie gehen wollen und sie können angeblich das Land verlassen. Moldawische StaatsbürgerInnen, die ins Ausland gegangen sind, können ihren Pass behalten und können jeweils in der ausländischen Vertretungsbehörde von Moldawien ihren Pass verlängern lassen. Von Regierungsseite her möchte man das Konzept verfolgen, dass es keine staatenlosen Personen gibt, d. h. ganz klar – von moldawischer Seite müssen Personen, die ins Ausland gehen, nicht ihre Staatsbürgerschaft aufgeben.

Illegale Migration

Der Leiter der Migrationsabteilung hat ganz offen das Problem der illegalen Migration und des Menschenhandels angesprochen. Des Weiteren wurde das Problem vieler Kinder angesprochen, deren Eltern ins Ausland gegangen sind. Die Kinder werden meistens bei den Großeltern untergebracht, die überfordert sind. Die Kinder landen dann auf der Straße und haben wenig soziale Unterstützung.

Die Caritas führt ein Informationsprojekt über die Risiken von Emigration durch und verteilt bei Fällen, in denen eine Migration bevorzuzustehen scheint, Nahrungsmittelpakete in der Hoffnung, dass die Personen im Land bleiben.

Rückkehr nach Moldawien

50% der **RückkehrerInnen** kehren aus der russischen Föderation zurück. Unter diese 50% fällt auch ein Prozentsatz derjenigen, die in den 70er und 80er Jahren freiwillig und unfreiwillig von Moldawien nach Sibirien ausgewandert sind. Moldawische RückkehrerInnen aus der ehemaligen Sowjetunion erhalten auf Anfrage ihre moldawische Staatsbürgerschaft zurück und können alle Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

2003 sind 60 MoldawierInnen aus Österreich im Rahmen des Caritas RückkehrHilfe Projekts nach Moldawien zurückgekehrt. Der von uns besuchte Rückkehrer, ein 25 Jähriger Mann der auf dem Land lebt und 2 Monate in Wien verbracht hat, sucht noch nach seiner Rückkehr Arbeit, doch stehen die Zeichen im Winter dafür denkbar schlecht.

Jeder, der in Moldawien geboren ist, erhält die moldawische Staatsbürgerschaft und ebenso Nachkommen von moldawischen StaatsbürgerInnen im Ausland.

Sollte ein/e moldawische/r StaatsbürgerIn über kein Reisedokument verfügen, kann ihre/seine Identität und Staatsbürgerschaft einfach über eine Datenbank, in der alle Staatsbürger erfasst sind und zu denen auch die Botschaften und Konsularabteilungen im Ausland Zugang haben, festgestellt werden. In weiterer Folge sind die Botschaften und Konsularabteilungen bevollmächtigt, ein Reisedokument auszustellen. Den Worten des stellvertretenden Leiters der Abteilung für Migration nach versucht das moldawische Recht, seine Staatsbürger zu schützen, egal, wo immer sie sich aufhalten. Der moldawische Staat ist also bereit, allen Personen, auch Asylsuchenden, die nach Hause zurückkehren wollen, Hilfestellung zu leisten. Das Ministerium hat wiederholt um Hilfe bei der sozialen Integration von RückkehrerInnen gebeten

Rückübernahmeabkommen bestehen derzeit nur mit Rumänien. Mit anderen europäischen Ländern hätte man solche noch nicht beschlossen und würde das auch in nächster Zukunft nicht sofort in die Tat umsetzen.

Rechtssystem, Korruption und organisiertes Verbrechen

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Rechtslage in der Theorie in Moldawien sehr gut ist. Es gibt mittlerweile auch Gesetze im Zusammenhang mit der Integration von behinderten Menschen und in Bezug auf Sozialhilfe. Das ist eine Neuerung, da es zu Sowjetzeiten ja keine offiziell sozial bedürftigen Menschen gab. Das Problem besteht nicht im Gesetzestext und in der Verfassung, sondern in der Nichtumsetzung und Nichtexekution der Gesetze.

Die häufigste Menschenrechtsverletzung betrifft die Verletzung des Rechts auf ein faires Gerichtsverfahren sowie die Manipulation des Gerichtswesens. Die Richter und das

Rechtssystem sind von der jeweiligen politischen Macht abhängig und werden je nach Machtwechsel entlassen.

Laut Transparency International ist Moldawien eines der korruptesten Länder.

Zum Thema Mafia und organisiertes Verbrechen ist zu sagen, dass sich die Mafiagruppen nach verschiedenen Interessen zusammenfinden. Es gibt zwar keine Beweise, doch ist es ein offenes Geheimnis, dass die Polizei korrupt und mit der Mafia verbunden ist, d. h. die Mafia auch unter der Schirmherrschaft der Polizei operiert. Geschäftsleute müssen selbstverständlich Schutzgeld bezahlen, um ungestört ihrer Arbeit nachgehen zu können.

Des Weiteren ist wichtig zu sagen, dass eigentlich alle staatlichen Angestellten ebenso im Erziehungswesen und im Gesundheitswesen korrupt sind, was wiederum in direkter Verbindung mit dem niedrigen Gehalt steht. Lehrer und Ärzte gehören, da sie öffentliche Angestellte sind, zu den niedrigsten Einkommensklassen. Ein Arzt verdient ungefähr 10-20 Dollar, wodurch sich auch die gängigen Zusatzzahlungen erklären, die zu leisten sind.

2003 wurde ein Zentrum „for Combatting Economic Crime and Corruption“ gegründet, dessen Effektivität noch umstritten ist. Interessant ist die Finanzierungsstruktur, denn 50% der Gelder für das Department werden sozusagen über eigene Erfolge eingenommen, d. h. über jene Fälle an Korruption, die sie stoppen konnten. Das System mit der eben erwähnten Finanzierung stimuliert laut LADOM, einem Gesprächspartner aus dem Menschenrechtsbereich, allerdings nur die Korruption, anstatt sie zu bekämpfen.

Gesundheitswesen

Das Finanzierungssystem, das heute in Moldawien noch angewandt wird, entspricht nach wie vor dem Sowjet-System und hat sich in den letzten Jahren insofern stark verschlechtert, als seit den 90er Jahren immer weniger Geld vom Staat zur Verfügung gestellt wird. Derzeit sollen nur 30% der Ausgaben eines Spitals vom Staat gedeckt werden. Laut Angaben eines Arztes besteht ein Mangel an Bandagen, an Medikamenten, an Instrumenten und vor allem an Einwegmaterial. Ein Spital ist somit stark auf Spenden angewiesen, vor allem, was medizinische Geräte betrifft, aber auch Medikamente. Ab 1.1.2004 soll ein Sozialversicherungssystem eingeführt werden, was allerdings bislang schon zweimal verschoben wurde, da das Land für noch nicht reif dafür erklärt wurde. Das Sozialversicherungssystem beziehungsweise Krankenversicherungssystem soll so aufgebaut sein, dass 2% des Lohns vom Arbeitgeber und 2% vom Arbeitnehmer in das Sozialversicherungssystem eingezahlt werden, also insgesamt 4%. Mit diesen 4% soll ein Minumpaket für die Kranken zur Verfügung stehen. Nicht einzahlen in das System werden Kinder, Behinderte und ältere Menschen, deren Kosten sollen nach wie vor vom Staat übernommen werden. Bauern und Selbständige können auch in dieses Versicherungssystem selbst einzahlen und sich versichern - Kosten 450 Lei, sprich 40\$, im Jahr. In diesem Minimalversicherungspaket sind notfallmedizinische Versorgung, Spitalsaufenthalt nach notfallmedizinischen Eingriffen, Notfallmedikamente und die medizinische Grundversorgung sowie die Versorgung mit Medikamenten für Kinder unter 5 Jahren enthalten. Daneben wird es nationale Zusatzprogramme zur Behandlung von Tuberkulose, Diabetes, Onkologie und Psychiatrie geben, die direkt vom Staat bezahlt werden.

Die Schwerpunkte im staatlichen Gesundheitswesen sind Mutter- und Kind-Gesundheit, Tuberkulose, AIDS, Hepatitis A+B sowie die psychiatrische Versorgung.

Das Gesundheitsministerium hat als Problemfelder vor allem die Umstrukturierung des Landes, weg von den Regionen hin zu den 35 Rayons, hervorgehoben wodurch medizinische Einrichtungen wie auch medizinisches Material fehlen und die intensivmedizinische Versorgung sehr schlecht ist. Das Rettungswesen wird/soll neu

strukturiert und somit zentralisiert werden. Rettungswesen wird als staatliche Priorität gesehen und soll auch in staatlicher Hand verbleiben. Sowohl neue Krankenwägen als auch ein Kommunikationssystem werden in diesem Bereich benötigt.

Eine Nacht im Spital kostet zwischen 15 und 25 Lei, das sind umgerechnet circa 2 Euro, wobei die Preise pro Spital variieren. Darin enthalten sind das Bett, das Essen und einfach die Tatsache, im Spital aufgenommen zu sein sowie ein Minumpaket an Medikamenten. Zusätzlich ist noch mit Extra-Zahlungen für das ärztliche Personal zu rechnen. Alle weiteren Medikamente müssen selbst besorgt werden, wobei Apotheken oft innerhalb des Spitals verfügbar sind und alle notwendigen Medikamente auch verfügbar sind, wenn auch nicht immer bezahlbar. Die Regierung legt eine oberste Latte für die Preise für verschiedene medizinische Eingriffe fest, die Preise können aber je nach Krankenhaus variieren Beispiel: Für eine Operation/eine Angiographie sind zwei Katheter notwendig plus Kontrastmittel, insgesamt entspricht das Kosten von 300 Euro, die vom Patienten selbst getragen werden müssen.

Die Versorgung von Dialysepatienten ist in den regionalen Zentren konzentriert.

Straßenkinder

Offizielle Zahlen im Zusammenhang mit Straßenkindern existieren nicht.

Die Tatsache, dass es Kinder gibt, die auf der Straße leben, hängt eng mit dem Phänomen der Migration zusammen. Die Erwachsenen, die sich entscheiden, ins Ausland zu gehen, bringen ihre Kinder meist bei den Großeltern unter, die häufig überfordert sind. Die Kinder landen dann mit wenig sozialer Unterstützung auf der Straße. Die Bedingungen bzw. die Situation in vielen Waisenhäusern sind so schlecht, dass Kinder es auch vorziehen, auf der Straße zu leben. Regina Pace ist eine der Organisationen, die sich dieser Kinder annimmt. Wir wurden auch darauf hingewiesen, dass Straßenkinder nach Sankt Petersburg „gehandelt“ werden und illegaler Kinderhandel ein Thema ist.

Frauenhandel

Die Daten zu Menschenhandel oder Frauenhandel in Moldawien werden von IOM, NGOs und der Polizei erhoben und geben je nach Schwerpunkt der Tätigkeit nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit wieder. Die OSZE gibt in ihrem Bericht über „Trafficking in Southern and Eastern Europe“ an, dass 35% aller Opfer von Frauenhandel identifiziert werden können, aber nur 7% an Reintegrationsmaßnahmen teilnehmen. Es existieren für Opfer des Frauenhandels einkommensschaffende Projekte, so angeboten z. B. von Italian Consortium of Solidarity. Bei der Zuweisung ist IOM (International Organisation of Migration) sehr aktiv, d. h. IOM ist im Fall der Projekte von ICS die einzige Organisation, die die Vorselektion für die Teilnahme an derartigen Projekten trifft.

Für Opfer von Frauenhandel, die sich an die Polizei bzw. andere Organisationen wenden, gibt es in Moldawien kein Zeugenschutzprogramm.

Der Staat verfügt generell über keinerlei finanzielle Mittel, um derartige Projekte zu finanzieren. Vielmehr bittet der Staat die humanitären Organisationen um Unterstützung.

Ausbildung

Schulbildung ist in der Theorie kostenlos. In der Praxis fallen jedoch für diverse Materialien und Vorhaben Kosten an, für die die Eltern aufkommen müssen. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, zählen Lehrer zu den schlechtesten Verdienern.

Die **Universitätsausbildung** kostet zwischen 200 und 600 Dollar/Jahr. Die teuerste Ausbildung ist die an der medizinischen Universität. Hier muss pro Jahr mit 750 US-Dollar gerechnet werden, was umgerechnet ungefähr 10.000 Lei entspricht.

Gefängnisse

Mit Stichtag Juli 2003 befanden sich 11.000 Personen in moldawischen Gefängnissen. Es gibt insgesamt 17 Gefängnisse, davon eines für Frauen und eines für Minderjährige. Die Anzahl von inhaftierten Minderjährigen hat sich allerdings durch die Reform des Strafrechts, wodurch Alternativen zum Strafvollzug geschaffen wurden, halbiert.

In den Gefängnissen befinden sich bis zu 100 Menschen in einem Raum. Die Situation in *Ruska*, dem einzigen Frauengefängnis des Landes, ist besser, da sich weniger Personen einen Raum teilen müssen. In *Lipcan*, dem Gefängnis für Minderjährige, leben circa 30 Personen in einem Raum.

Die Ansteckungsgefahr mit Tbc und AIDS ist in den Gefängnissen besonders hoch. Generell sitzen 70% aller Tuberkulose-Patienten in Moldawien in Gefängnissen. Vor allem die schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln und die schlechten Lebensbedingungen führen zum Ausbruch der Tuberkulose, siehe die Gefängnisbedingungen.

Die Finanzierung durch den Staat ist nicht ausreichend, so können von Staatsgeldern nur Brot und Getreideprodukte gekauft werden. Fleisch, Fisch und Milchprodukte können vom Budget des Staates nicht abgedeckt werden. Hier springen die NGOs hilfreich ein.

Jedem Gefangenen steht pro Jahr nur ein Stück Seife zur Verfügung. Die medizinische Ausrüstung in den Gefängnissen ist unter jeder Kritik, mit Ausnahme der renovierten Gefängnisse. Für medizinische Notfälle sind Medikamente vorhanden. Was allerdings die psychiatrische Behandlung angeht, ist hier überhaupt keinerlei Möglichkeit vorhanden.

In den Gefängnissen mangelt es neben Nahrungsmitteln auch an Medikamenten. Im von uns besuchten Gefängnisspital fehlen auch Geräte bzw. sind sie veraltet. So stammt beispielsweise das Röntgengerät aus den 60er Jahren, ist also ein altes Sowjet-Produkt. Medikamente für das Gefängnisspital in Krikova werden von der Caritas und von der Soros Foundation zur Verfügung gestellt. Was die First Line Tb-Drugs angeht, so ist die Caritas hier Hauptlieferant. Es fehlen aber vor allem andere Medikamente, und hier im Speziellen Medikamente, die die Nebenwirkungen der **Tuberkulose-Medikamenten** behandeln. Innerhalb des Gefängnisspitals in *Krikova* gibt es 70-80 Fälle von multidrug resistancy. Die DOTS-Plus-Behandlungsstrategie, die in solchen Fällen angewandt werden muss, ist aber sehr teuer. Das Gefängniskrankenhaus stellt für die Behandlung von Patienten einen besonders geeigneten Ort dar, da hier die Patienten vom Anfang bis zum Ende unter Kontrolle stehen und wird für Pilotprojekte herangezogen. Die Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt sollen ihren Niederschlag im öffentlichen Gesundheitswesen finden.

Nach Aussage von LADOM ist eines der größten Probleme in Moldawien die **Untersuchungshaft**, die nämlich unter Hoheit der Polizeidirektion steht. Die Polizeistationen, in denen die Häftlinge festgehalten werden, sind in erbärmlichem Zustand ohne Licht und feucht. Die Chance an TBC zu erkranken ist sehr groß.

Eines der großen Probleme in der Untersuchungshaft sind erzwungene Geständnisse durch die Anwendung von **Folter und Misshandlungen**. Auf Nachfrage handelt es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um die Regel. Oftmals werden Untersuchungshäftlinge auch durch betrunkene Polizisten geschlagen. Dem Gesetz nach kann ein Häftling für 72 Stunden in Untersuchungshaft festgehalten werden, die Untersuchungshaft kann allerdings auf 30 Tage ausgeweitet werden.

Es gibt Pläne, ein so genanntes „Detention House“ zu bauen, das unter der Kontrolle des Justizministeriums bzw. des Verteidigungsministeriums stehen soll. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung solcher Pläne sieht man aber vor allem darin, die Untersuchungshäftlinge von einem solchen „Detention House“ zu Gericht zu bringen, wodurch hohe Überführungskosten anfallen würden. Weiters wird für die Zukunft geplant, dass eine ärztliche Untersuchung des Untersuchungshäftlings zum Zeitpunkt der Aufnahme und zum Zeitpunkt der Entlassung aus der Untersuchungshaft stattfinden soll.

Besuchte Organisationen

- Caritas Moldova
- Caritas Luxemburg – TBC Projekt
- Italian Consortium of Solidarity
- Moldovan Helsinki Committee for Human Rights
- Moldawisches Rotes Kreuz
- League for Defence of Human Rights of Moldova (LADOM)
- Republic of Moldova Migration Department
- Gesundheitsministerium
- Institute of Cardiology
- Fundatia Regina Pacis
- das Aufnahmezentrum für Flüchtlinge

sowie Verwandte von moldawischen AsylwerberInnen in Österreich und Rückkehrer.

Julia Tatzl, Jänner 2004